

Der Tabak-Verbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Verbeiter erscheint wöchentlich jeden Samstagabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 25 Pf. für die 6 gespaltene Zeitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 33

Sonntag, den 17. August

1919

Weitere Erfolge in der Verbesserung der Lage der Tabakarbeiter.

Die Verhandlungen mit dem "Reichsverband der deutschen Zigarrenhersteller" über die Gewährung von Ferien und Zahlung eines Lohnaufschlages für die Verarbeitung von Inlandstabaks als Deck- und Umblatt haben stattgefunden und zu folgendem Ergebnis geführt:

Es wurde festgestellt, daß der Ausschuß des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller auf die Arbeitgeberverbände einwirken werde, in dem Sinne, daß sie beschließen, daß den Arbeitnehmern Ferien von einer Arbeitswoche gegeben werden sollen, für die ihnen der Lohn nach dem Durchschnitt in der Zeit vom 14. April bis zum 12. Juli weitergezahlt wird. Dort, wo in der Zeit vom 14. April bis zum 12. Juli nicht gearbeitet worden ist, gilt als Entschädigung der sechsfache durchschnittliche Lohnverdienst. Ferien erhalten alle Arbeiter, auch diejenigen, die nach dem 28. Juli entlassen und feinstes an der weiteren Arbeitsverhältnisse eingegangen sind. Die Ferien müssen bis spätestens den 1. November d. J. beendet sein.

Wegen der Zahlung eines Lohnaufschlages für Verarbeitung inländischen Tabaks als Deck- und Umblatt brachte der Ausschuß des R. d. Z. zum Ausdruck, daß in solchen Fällen, in welchen die Arbeiter glauben, berechtigt zu sein, die Zahlung eines solchen fordern zu können, den Arbeitgeber nichts im Wege steht, eine entsprechende Vergütung für die Verarbeitung inländischer Deck- und Umblatttabaks zu vereinbaren. In Fällen, wo eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterausschuß über den zu zahlenden Lohnaufschlag nicht erfolgen kann, sind die Bezirksverbände bereit, auf Ansuchen der Arbeitnehmervertreter, vermittelnd einzutreten.

Damit ist anerkannt worden, daß der Vereinbarung eines Lohnzuschlags für die Betriebe, die inländischen Tabak als Deck- und Umblatt verarbeiten lassen, die zentralen Lohnvereinbarungen nicht entgegen stehen. Wenn trotzdem die Festsetzung eines zu zahlenden Lohnzuschlags nicht erfolgte, so aus dem Grunde, weil der zu verarbeitende Inlandstabak in der Qualität sehr verschieden ist und eine gleichmäßige Regelung der zu zahlenden Entschädigung zu Unbilligkeiten führen würde. Die in den verschiedenen Orten und Bezirken bereits gezahlten sehr verschiedenen Lohnzuschläge beweisen die Richtigkeit des oben Angeführten. Auch der Umstand, daß schon in Friedenszeiten, wenn auch nur vereinzelt, Inlandstabaks zu Umblatt verarbeitet wurden, erschien eine generelle Regelung erheblich. Durch die Anerkennung, daß trotz der zentralen Normierungen für die Verarbeitung inländischen Tabaks als Deck- und Umblatt besondere Lohnaufschläge vereinbart werden können, ist für die Kollegenschaft der Weg geebnet worden, dort, wo durch die Verarbeitung von Inlandstabaks eine Lohnschämlerung eingetreten ist, diese durch besondere Vereinbarungen ausgleichen zu können.

Die Regelung der Ferienfrage findet sicher die Zustimmung der Mitglieder, obwohl wir uns nicht verhehlen wollen, daß nicht alle Wünsche derselben erfüllt sind. Beachten wir aber, daß diese Regelung nur eine provisorische ist, während die endgültige den später stattfindenden Tarifverhandlungen vorbehalten bleibt.

Die Kommission, die über die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarrenherstellung beraten soll, ist nunmehr gewählt. Sie sieht sich zusammen aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Von unserem Verbande gehörten ihr die Kollegen Deichmann, Krohn und Husung an. Die Kommission wird baldigst ihre Beratungen beginnen und wünschen wir diesen schnellen und guten Erfolge.

Aus Dresden.

Am 26. Juli hielt die Sektion der Zigarrenhersteller und Zigarettenfabrikanten in Dresden eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Nachdem die Abrechnung ihre Erledigung fand, gab Kollege Noth einen Rückblick auf das vergangene Halbjahr, besonders über die Mitgliederbewegung. Von den zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen haben sich 4 noch nicht zurückgemeldet. Insolzen Aufnahme einer anderen Beschäftigung reisten 4 Mitglieder ab. Wegen Übertritts in andere Berufssorganisationen verloren wir 3 Mitglieder, weitere 4 leben vor uns gezwungen, wegen allzu großer Beitragsfreie zu streichen. Durch den Tod gingen uns ebenso 3 alte, in der Organisation beteiligte Kollegen verloren; ein Mitglied trat freiwillig aus. In Aufnahmen hatten wir 12 zu verzeichnen, darunter 5 männliche und 7 weibliche Mitglieder. Unsere Mitgliederzahl betrug am Ende Juni 69 männliche und 29 weibliche, in Summa 98 Mitglieder. Zur Erledigung der Sektionsangelegenheiten machten sich 2 Mitgliederversammlungen und 4 Sitzungen nötig. Dagegen nahm die Sektionsleitung noch teil an 2 kombinierten Beratungen und 2 Funktionssitzungen. Die zu erledigende Korrespondenz umfaßte 62 Eingänge und 125 Ausgänge. Au diesem Bericht mitsamt Kollege Nicolai, daß in Zukunft die Namen der ein- und austretenden Mitglieder bekanntzugeben waren. Peichel fragt an, ob von der in Aussicht ge-

nommenen Arbeitsgemeinschaft im Tabakgewerbe schon etwas bestimmtes beschlossen wurde. Da aber leider Kollege Gerloff in der Versammlung selbst nicht anwesend sein kann, läßt sich ein klares Bild nicht entwickeln. Bernhard und Noth teilen hierzu noch mit, daß in den nächsten 14 Tagen eine allgemeine Mitgliederversammlung der Fabrikanten stattfinden soll, in welcher Gerloff die nächsten Aufklärungen geben wird. Die Redner wünschen, daß die Kollegen sich recht zahlreich einfinden möchten und dort ebenfalls das Interesse für diese Angelegenheit an den Tag legten. Preißler fragt an, wie sich die Kollegen bei Wiederaufnahme und Wiedereröffnung der Fabriken die Einstellung der Arbeitslosen denken. Noth gibt Erläuterungen, wie die Einstellung der Kriegsteilnehmer bisher von den Fabrikanten gehandhabt worden ist. Dieses hat unter dem arbeitslosen Teile der arbeitslosen Kollegen nicht genügende Erklärung hergegeben, zumal der aus dem Krieg heimgekehrten Kollegen zum Teil Arbeit verschwendet worden ist. Bernhard stellt sich diese Angelegenheit nicht so leicht vor, da man erst die Tabaksteuer erörtern müsse. Ob dann nach Einführung der Bandrolle die Sortierer noch so gebraucht würden, als vorher, steht sich noch nicht fest. Peichel wünscht die Einstellung nach der Länge der Arbeitslosigkeit, er hätte überhaupt erwartet, daß die Kollegen mehr Solidarität geübt hätten, denn sonst hätte mancher Kollege nicht mit einer so langen Arbeitslosigkeit zu rechnen gehabt, zum Teil 2 bis 3 Jahre. Ferner möchte er noch feststellen, daß die Kollegen mehr Solidarität geübt hätten, wenn manche Kollegen auf Lohnserien Einstellung im Betrieb haben. Noth erörtert keine Veränderung über das Verhalten des Vorstandes bezüglich der Tabaksteuer aus. Während bei früheren Tabaksteuern von Seiten des Vorstandes in allen Sektionen, wie im "Zigarrenarbeiter", zumflammenden Protest aufgetreten und Versammlungen abgehalten worden sind, scheint dies jetzt nicht mehr anzusehen, wie abermals Laufende von Tabakarbeitern kraftlos gemacht werden sollen. Man schaut sich in Bezug auf diesen nicht mehr zu umgehenden Tatfrage längst abgedunkelt zu haben und sich in das Unabänderliche flügen zu wollen. Was nun die Einstellung der Kollegen betrifft, so wäre es ratsam, in der Zeit, da man Tendenz treffe, es standen zurzeit noch Kollegen in Betrieben, die weit über 100 Arbeitssuchende. Diesen soll man ein Arbeitspensum stellen in Höhe von 90 M. pro Woche. Dann würde es sich möglich machen, daß noch einige Arbeitslose eingestellt werden könnten. Auch wäre die Einführung des umschichtigen Arbeitens, wie bei der Tabaksteuer 1909, in Erwägung zu ziehen. Damit könnte sich die Arbeitslosen wenigstens eingeschlossen über Wasser halten, denn sobald dieselben nicht einmal in der Lage, die ihnen zugewiesenen wenigen Lebensmittel kaufen zu können. Nicolai tritt den Ausführungen Peichels entgegen, er hält es für nicht gut anzunehmen, daß man die noch in Arbeit stehenden Kollegen entlassen soll und dafür Arbeitslose einzustellen. Die betreffenden Kollegen würden sich entscheiden weizern, aufzuhören. Sicherlich bestehen wir auch gar keine Handhabe an einem derartigen Vorhaben. Peichel wünscht, daß wir als kleine Sektion doch mehr Solidarität üben sollten, bei Einstellung müßte doch die Länge der Arbeitslosigkeit in Frage kommen. Man sollte eine Kommission einsetzen, welche die Einstellung zu prüfen hätte und die Einstellung der Kollegen in Vorschlag bringe. Noth gibt Aufklärung über die bisher gehandhabte Einstellung seitens der Fabrikanten, dabei betont, daß zwischen dem Verbande, der Zentrale in Minden und dem Arbeitgeberverbande bestimmte Richtlinien vereinbart worden sind. Er sieht sich bei seinen Ausführungen auf bestimmte Informationen und wird befragt, sich in dieser Frage mit dem Vorstand in Verbindung zu setzen und um Unterstützung zu ersuchen. Peichel stellt ferner die Anfrage, ob es nicht möglich sei, die vierfachjährige Unterstützung der Arbeitslosen von 10 auf 15 M. an erhöhen. Preißler führt als Kassierer hierzu aus, daß dies nicht anders durchführbar sei, als daß man den Fonds anreiche. Bernhard und Noth schließen sich diesen Ausführungen an und befürworten einer diesbezüglichen Antrag Peichels, der dann einstimmig Annahme fand. Ferner weißt Noth noch darauf hin, daß seitens des Zentralarbeitsausschusses der Beruf gemacht wird, Kollegen, die länger als 3½ Jahr arbeitslos sind, in die Bergwerke und landwirtschaftlichen Betrieben abzuholen. Neben Kollegen sollte sich daneben mehrere und eventuell eine ärztliche Untersuchung beantragen. Desgleichen macht Peichel aufmerksam, daß der Zentralarbeitsausschuss Arbeit vereinbart für 1,40 M. pro Stunde. Nehme man für diesen Lohn eine Arbeit an, so macht man sich anderen Berufskollegen gegenüber zu Bodenröhren. Die Ortsverwaltung soll erlaubt werden, gegen ein derartiges Geboren Protest einzulegen. Er stellt den Antrag, die Kollegen so einzustellen, wie sie arbeitslos geworden sind. Noth erörtert gegen diesen Antrag. Er führt aus, daß dieser Antrag verschiedene Dörfer in sich habe. Es wäre auch Kollegen, die keinerlei freiwillig aus dem Berufe gefühten sind, um einer weiteren Verkürzung des Arbeitszeit oder vollständiger Arbeitslosigkeit vorzuhängen. Diese Kollegen wollen doch aber auch wieder zu ihrem alten Berufe zurückkehren. Vielleicht lehne man in anderen Berufen Tabakarbeiter gründlich ab, weil sie meist körperlich nicht den gestellten Anforderungen entsprechen. Auch säme es dann vor, daß Kollegen, die eloquent als Kriegsbeschädigte gelten, auf Grund ihrer Krankheiten oder Verwundungen erst später vom Militär entlassen werden können, vollständig bei der Besetzung der Stellen ausgeschlossen, wiewohl jeder Fabrikant verpflichtet worden ist, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsbeschädigte aufzunehmen. In dieser Beziehung sei auch er überzeugt worden, trotzdem ihm Beschäftigung zugesagt worden sei. Wurde dieser Antrag Peichel angenommen, so würde er seine weitere Mitarbeit in Bezug auf den Arbeitsausweis in Frage stellen. Hierzu zieht Peichel seinen Antrag zurück und beantragt die Wahl einer vierzehndreihöflichen Kommission, die gemeinsam mit der Sektionsleitung die weiteren Maßnahmen einzulegen soll, um die Krise der Einstellung einer günstigen Lösung aufzuführen. Dieser Antrag wird angenommen und werden die Kollegen Peichel, Höhn, Hesse und Richter in dieselbe gewählt. Kolleginnen und Kollegen! Obwohl diese Versammlung unserer Mitgliederzahl entsprechend auf beschränkt ist, so sieht man immer wieder ein und dieselben Gesichter. Man muß sich wundern, daß es immer noch Kollegen gibt, die noch nicht bearbeitet haben, daß gerade die Verhandlungen die Stütze sind, wo über die internen Berufsfragen diskutiert werden kann. Und gerade vermischen wir in unseren Zusammenkünften diesen Mitglieder, die das Glück hatten, während der dauernden Fabrikarbeiter in Dresden zu stehen. Ist es nicht zum größten Teile der Verdienst der Organisationen, wenn ihre wirtschaftliche Lage den wichtigen Verhältnissen entsprechend verbessert wurde? Ich glaube wohl. Denn aus eigener Kraft wäre dies nicht zu erreichen ge-

wesen. Darum, Kollegen, richte ich an alle den Appell: Versammlungen der von seiner Sektion festgesetzten Veranstaltungen!

Walter Noth.

Aus Freiberg.

Sektionsversammlung der Sortierer am 21. Juli. Nach Abrechnung der Abrechnung der Votabstafe durch den Kollegen Baumhardt befaßte sich die Versammlung mit der zukünftigen Gestaltung unseres Arbeitsnachweises. Röhl. Nebenbei macht den Vorschlag, den Arbeitsnachweis der Sortierer dem städtischen Arbeitsnachweis anzugeben und glaubt dadurch, bei voll Wiedereröffnung der einzelnen Betriebe eine Bevorzugung einzelner Kollegen durch die Fabrikanten auszuschließen. Die weitere Aussprache erkannte wohl den Vorschlag an, aber bei Annahme desselben verliert die Sektionsleitung jede Übersicht und jeden Einblick und verspricht sich hieraus keine Vorteile, eher Nachteile. Röhl. Baumhardt äußert sich in dem Sinne, den Arbeitsnachweis wie bisher weiterzuführen und bei offenen Stellen in erster Linie verheiratete Kollegen zu berücksichtigen. Röhl. W. führt weiter aus, daß für unsere zukünftigen Berufssfragen, ebenso für die Arbeitsvermittlung, durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird. Die Versammlung beschließt, den Arbeitsnachweis in der Weise wie bisher weiterzuführen und erklärt sich damit einverstanden, daß die verheirateten Kollegen zuerst wieder eingestellt werden. Die Sektionsleitung wird beansprucht, die freien Fabrikanten von diesem Beschluss zu Kenntnis zu setzen. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten der Fa. Barth kritisiert. Dort wollten die vom Heeresdienst entlassenen Kollegen wieder in Arbeit treten; die Firma erklärte sich wohl dazu bereit, aber den Kollegen wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß der Betrieb in allerndächster Zeit wegen Mangel an Tabak geschlossen werden müsse. Die Kollegen waren der Ansicht, angehört der Schließung des Betriebes vor ihrer Einstellung abzuführen. Die Sektionsleitung beschließt, den Arbeitsnachweis in der Weise wie bisher weiterzuführen und erklärt sich damit einverstanden, daß die verheirateten Kollegen zuerst wieder eingestellt werden. Die Sektionsleitung wird beansprucht, die freien Fabrikanten von diesem Beschluss zu Kenntnis zu setzen. Unter Gewerkschaftlichem wurde das Verhalten der Fa. Barth kritisiert. Dort wollten die vom Heeresdienst entlassenen Kollegen wieder in Arbeit treten; die Firma erklärte sich wohl dazu bereit, aber den Kollegen wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß der Betrieb in allerndächster Zeit wegen Mangel an Tabak geschlossen werden müsse. Die Kollegen waren der Ansicht, angehört der Schließung des Betriebes vor ihrer Einstellung abzuführen. Die Sektionsleitung beschließt, den Arbeitsnachweis in der Weise wie bisher weiterzuführen und erklärt sich mit in das große Heer der Arbeitslosen einzutreten. Die Zukunft hat aber gelehrt, daß es die Firma nicht ehrlich gemeint hat. Als die Kollegen ihre Einstellung verlangten, schreibt man Januar 1919 und man hat von einer Einstellung des Betriebes nichts gehört, bis nun Ende Juli die Fabrik geschlossen wird. Was die Firma veranlaßt hat, so zu handeln, wollen wir heute nicht mehr untersuchen, wissen aber, daß die Firma bei Wiederbeginn von unserem Arbeitsnachweis Gebrauch macht. Betriebs der Arbeitslosen macht Röhl. Schubert den Vorschlag, da eine geplante Demonstration der Arbeitslosen infolge zu großer Courage derselben ins Wasser fiel, daß das Gewerkschaftskartell sich mit dieser Angelegenheit beschäftige und durch eine Eingabe an das Stadtparlament versuche, etwas für die Arbeitslosen herauszuholen. Zum Schlusß möchte die Sektionsleitung an die Kollegen das Erleben richten, die Versammlungen, sei es Tabak- oder Sortiererversammlung, besser zu besuchen, denn es müsse doch ein jeder soviel Interesse haben, zu wissen und hören, wie es in unserer Branche aussieht.

R. Schubert.

Am 19. Juli fand eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom 2. Quartal und 2. Gewerkschaftliches. Die Abrechnungen der Verbandsstafe sowie die der Votabstafe wurden vom 2. Bevollmächtigten, Kollegen Baumhardt, vorgelegt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Vorschlag gemacht, der Verwaltung für die gefestigte Arbeit eine höhere Entschädigung zu bemessen als wie bisher. Die Verwaltung hatte sich schon mit dieser Sache befaßt und legte der Versammlung einen diesbezüglichen Beschluss vor, mit welchem sich die Versammlung einverstanden erklärt. Der 2. Punkt befaßt sich hauptsächlich wieder mit der Unterstützungsfrage für arbeitslose Tabakarbeiter. Röhl. Heyne als Mitglied des Arbeitslosenausschusses gab seinen Bedenken darüber Ausdruck, daß er von Seiten der Gauleitung nicht mit dem benötigten Material, betr. die gesetzlichen Bestimmungen ausgestattet wäre, so daß er nicht in der Weise mit der Behörde arbeiten kann, als wie es der Fall sein möchte. Die Ortsverwaltung hatte sich bemüht, da mit den einzelnen Antragstellern auf Erwerbslosenfürsorge so verschiedene Verfahren wird, nun endlich einmal ins Reine zu kommen. Aus diesem Grunde fand eine Befreiung der Ortsverwaltung unter Hinzuziehung des Stadtrates und des Arbeitslosenausschusses statt. Der mit anwesende Gauleiter, Kollege Gehrloff, verneint den Stadtrat auf die gesetzlichen Bestimmungen, die betr. der Tabakarbeitslosenfürsorge bestehen und nach denen die Behörde zu verfahren habe. Der Stadtrat erklärt, nicht im Besitz dieser Bestimmungen zu sein, und die Ortsverwaltung, welche ebenfalls das Interesse hatte, die gleichen Bestimmungen in ihrem Besitz zu haben, ersucht den Gauleiter, Auszüge resp. Abschriften zu übermitteln. Röhl. Baumhardt gab die schriftlichen Eingänge bekannt. Mit dem Resultat dieser Korrespondenz des Gauleiters konnte sich die Versammlung nicht einverstanden erklären und bezeichnet die Handlungsweise als nicht korrekt. Um allen Kollegen und Kolleginnen einen Überblick über die Verhältnisse des Verbandes zu geben, ersucht Röhl. Heyne, dem Hauptvorstand den Vorschlag zu unterbreiten, die Jahresabrechnung laut Jahresbericht im Tabakarbeiter zu veröffentlichen. Röhl. Heyne gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die Ausgaben für Verwaltungskosten eine solch große Summe betragen und vertrat die Meinung, hier zu sparen und für den eigenen Stadtrat unseres Verbandes mehr angemessen. Kollege Baumhardt gab noch eine Zusammensetzung unserer Mitgliederbewegung bekannt; daraus sei erwähnt, daß 1901 92 Mitglieder und 1918 816 Mitglieder vorhanden waren. Zum Schlusß entwarf sich noch eine lebhafte Debatte, u. a. wurde das Verhalten des Vorstandes betr. Protestbewegung gegen die Tabaksteuer scharf kritisiert.

J. B. Kurt Schubert.

Aus Berlin.

Am 24. Juli fand in Berlin eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. zunächst wurde der Jahresbericht gutgeheissen. Kollege Rosenhals gab den Bericht vom 10. Gewerkschaftskongress in Nürnberg. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die postiven Leistungen des Kongresses nicht allzu hoch eingeschätzt werden dürfen. Eine Diskussion fand nicht statt. Recht stürmisch ging es beim Bericht über den Verlauf der Verhandlung wegen Abschluß eines Lohnaristes in der Zigarettenbranche zu. Schon während Kollege Armburst die einzelnen Sätze des Tarifes bekanntgab und dabei betonte, daß sich die Fabrikanten weigerten, ab d. Was-

1918, wo der Tarifentwurf eingereicht wurde, nachzuholen, machte sich eine gewisse Unruhe bemerkbar, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Maschinenführer noch heftige Vorwürfe gegen die Verhandlungskommission und gegen die Verbandsleitung erhob. Er gab der Verhandlungskommission Schuld, daß den Arbeitern die im neuen Tarif festgelegten Löhne noch nicht ausgeglichen wurden, zum Schlusse den ganzen Nutzen gebend, die Vertreter an die frische Luft zu setzen. Was gab denn nun den Kollegen Koch eigentlich voranzuschaffen, die Arbeiter gegen die Verbandsleitung so aufzuhetzen? Wir können nicht umhin, darauf etwas näher einzugehen. Die Abartenfabrikanten erklärten die Löhne für seine Kategorien, die bereits zur Annahme in der Kommission gelangt seien, schon in der laufenden Woche zur Auszahlung gelangen zu lassen. Die Kommission stellte jedoch Protest dagegen erheben, und zwar stand sie auf dem Standpunkt, daß erst der Tarif voll und ganz abgeschlossen sein möchte, ehe man an eine Auszahlung denken könne. Die Kommission hatte den Eindruck, daß man die Arbeiter gegeneinander ausspielen wollte. Die Kommission konnte gar nicht anders handeln, denn es stand fest, daß mit den Akkordpaderbornen und mit den Handarbeitern Löhne überaupt noch nicht festgesetzt waren. Hätte man nun den andern Arbeitern die Löhne bereits ausgezahlt und für die beiden genannten Gruppen wäre eine Einigung nicht erzielt worden, so wäre es wohl schwer gewesen, einen Druck auf die Fabrikanten auszuüben, denn es war nicht anzunehmen, daß dann die andern Arbeiter, die bereits die höheren Löhne bezogen, ihren anderen Kollegen und Kolleginnen eine Unterstützung hätten zuteil werden lassen, d. h. daß sie von den Arbeitern aus den Betrieben gegangen wären, um sich mit den Akkordpaderbornen und Handarbeitern solidarisch zu erklären. Die Kommission hatte das Spiel der Fabrikanten durchschaut und lehnte aus diesem Grunde den Vorschlag ab. Diese Sache benötigte nun, wie gelangt Kollege Koch, um die Arbeiter gegen die Verbandsleitung schärfzumachen. Welche Absichten er dabei im Auge hatte, war nicht recht ersichtlich, denn jedenfalls muß auch der Kollege Koch zugeben, daß sich die Verhandlungskommission unter keinen Umständen auf den Vorschlag der Fabrikanten einlassen konnte. Seher der nun folgenden Redner, der sich auf die Seite der Kommission stellte, wurde niedergebrüllt, bis es endlich gelang, eine Abstimmung über den Tarif vorzunehmen. Wir möchten nunmehr die Mitglieder eruchen, in den Versammlungen die nötige Abstimmung abzuhalten, wie es sich für organisierte Arbeiter geziemt. Über die Erwartungen schaften, die uns der neue Tarif bringt, werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Rich. Kaiser.

Aus Hamburg-Altona.

Am 23. Juli fand im Gewerkschaftshause eine sehr gut besuchte Sektionsversammlung der Sortierer und Kistenbinder statt. Kollege Seehausen gab den Kassenbericht, der einstimmig genehmigt wurde. Alsdann nahm die Versammlung den Sektionsbericht vom Kollegen Hörtmann entgegen. Durch das Delegiertenkollektiv sind die Kollegen stets über die Vorförderungen informiert, daher erfuhr es sich, auf alle Fälle einzuwirken. Besonders ernährt muß werden, daß wohl in den nächsten Wochen mit der Einführung von Rohrbaul gerechnet werden kann und somit auch die Fabrikation wieder eingesetzt wird. Es ist daher notwendig, über die Wiedereinstellung der jetzt arbeitslosen Kollegen zu reden. Die Sektionsleitung und die Delegierten stehen auf dem Standpunkt, daß die meisten Kollegen infolge Rohrbaumangels nur ausziehen und ist es aus diesem Grunde wohl zweckmäßig, wenn die Kollegen der einzelnen Fabriken sich mit ihren Fabrikanten über die Neueröffnung der Wiedereinstellung einstimmen. Diese Frage wird auch dem Nachwuchsfundus vorgelegt werden. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Kollege Seehausen ging nochmals auf die Forderungen der Pelleber und Kettlersmutter ein und teilte mit, daß es auch der Wunsch der Sortierer sei, gemeinsame Sache zu machen und auch unsere Forderungen dem Fabrikantenverein von 1890 zu unterbreiten. Nebener dies noch, daß auch in unserem Gewerbe die Akkordlöhne für die gleichen Arbeiten auf den einzelnen Fabriken verschieden sind. Auf der einen Fabrik wird für $\frac{1}{2}$ Packung 3.20 pro Mille gezahlt, wogegen auf der anderen Fabrik noch der Lohn von 2.40 M. der schon vor 30 Jahren üblich war, gezahlt wird. Unsere Aufgabe muß es sein, diesen Nebenstand zu beseitigen. Wenn auch die Abschaffung der gesamten Akkordarbeit unser Ideal ist, so sind wir zurzeit aber nicht in der Lage, diese zu beseitigen. Wir wollen keine Lohnforderung sondern wollen uns stützen an die zentralen Abmachungen halten. Wenn von der Zentrale die Umrechnung der Leistungszulagen in jede Lohnliste vorgenommen wird, so kann es auch nur auf Grund proportionaler Umrechnung reichen, und darum ist es unbedingt notwendig, daß wir unser Ganzes einsetzen müssen, um diese Unregelmäßigkeiten der Grundlöhne endlich zu beseitigen. Es war für die Kommission keine leichte Arbeit, etwas Grundlegendes zu schaffen, aber sie glaubt doch, daß die Vorläufige die Zustimmung der Kollegen finden werden. Die Kommission hat folgende spezialisierte Lohnsätze aufgestellt und empfiehlt deren Annahme durch die Versammlung:

Als Minimallohn wird festgestellt:

1/20 gerade Fässer halb schräge Fässer schräge Fässer	1/20 Pf. 3.—	1/20 Pf. 3.30	1/20 Pf. 3.60
rot und fahl	50 Pf.	55 Pf.	60 Pf.
hell und dunkel	40	45	50
blau und matt	40	45	30
rot und fahl	20	20	20
paar und spiegelnd	20	20	20
	MT. 1.45	MT. 1.60	MT. 1.60
	MT. 3.—	MT. 3.30	MT. 3.60
1/10 gebündelt gerade Fässer halb schräge Fässer schräge Fässer	1/10 Pf. 2.80	1/10 Pf. 3.10	1/10 Pf. 3.40
1/10 lose u. Block gerade Fässer halb schräge Fässer schräge Fässer	1/10 Pf. 2.60	1/10 Pf. 2.90	1/10 Pf. 3.20
bedruckt und eltes Band je 10 Pf. Aufschlag 0%o			
1/10 gerade Fässer 1/10 Pf. 4.—, halb schräge Fässer 1/10 Pf. 4.30,			
schwarz und rotz sortieren 50 Pf. Aufschlag 0%o			
Schubwerken über 10 Proz. 50			
Zähler der Zigarren 30			
Schuhspangen und zinziert			
1/20 gerade Fässer 1.10 %o, halb schräge Fässer 1.25 %o, schräge Fässer 1.40 %o			
1/10 gerade Fässer — 70 %o, halb schräge Fässer — 85 %o, schräge Fässer 1 — 6%o			
1/10 und 1/2 gerade Fässer — 70 %o, halb schräge Fässer — 85 %o, schräge Fässer 1 — 6%o			
Spiegelprüfung mit Papierablage 40 Pf. Aufschlag 0%o, umpaden weitere 20 Pf. Aufschlag 0%o			
Proben 1/20 10 Pf., 1/10 15 Pf., 1/10 20 Pf., 1/10 30 Pf.			
1/20 5x10 Normalpreis 1/20 2/25 Bd. 5. 6. 6. 5. 3. = 60 Pf. Aufschlag 0%o			
1/20 1x50 geb. 1/20 2/25 6. 7. 7. 5. = 90			
umbündeln nach der Prüfung 1/20 4x25 = 1			
1/20 5x10 Pf. = 80			
1/20 gebündelt = 30			
1/20 17. 16. 17. = 60			
Zigarillos 1/10 lose 6 Zigarren MT. 1.80			
1/20 6		2.20	
1/20 6		2.60	
1/20 6		2.90	
1/20 2x50 Bd. 6		3.—	
1/20 5x10 6		2.70	
1/20 8. 9. 8. 6		2.90	
Bürde in Lederrolle 60 Pf. Aufschlag 0%o			
Lederrollenpreise = Ladung für Normalpreis			
Wormserpreise Umlegen in Staubenlohn			
Staubenlohn-Badung für Normalpreis.			
Bürde in Staubenlohn 1 %.			
Größere und kleinere Fässer und besondere Badungen werden von den Fässern nicht getrennt und erhalten besondere Bezeichnungen.			

Generalvertreter: G. Niendorf, Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, G. Dietmann. — Druck: Bremer Buchdrucker.

Die augenblickliche Lage der Industrie verbietet die Einstellung von Lehrlingen; solfern ein Verlangen nach Lehrlingen besteht, soll die Zahl der Lehrlinge, die Lehrzeit und die Entschädigung bestehen durch die Organisation festgelegt werden.

In der hierauf einsetzenden Debatte erklärten sich sämtliche Redner mit dem Aufbau der Lohnliste einverstanden. Kollege Vredel ist der Meinung, daß der vorgeschlagene Staubenlohn ein niedriger sei und beträgt einen solchen von 1.30 M. Kollege Koch stellt den Antrag, eine Kommission von fünf Kollegen zu wählen, die an den Verhandlungen mit den Fabrikanten teilnehmen. Kollege Höltmann stellt den Antrag, daß die Beendigung der gesetzlichen Forderungen und die Herstellung einer Vereinbarung mit vereinbart wird. Von Kollegen Selby wird der Antrag dahingehend ergänzt, daß im ersten Geschäftsjahr 8 Tage Ferien, im zweiten 9 Tage und im dritten Jahre 12 Tage gefordert werden. Sämtliche Anträge werden angenommen. So die Kommission werden die Kollegen Vredel, Wulf und Koch, Sortierer, Kaiser, Bergmann, und Frau Krabb, Welleberin, gewählt. In seinem Schlusswort dankt Kollege Selby auf die Frage des Betriebsrates ein und erläutert die Kollegen, daß Corse tragen zu wollen, daß auf allen Fabriken das Rütteln eingesetzt wird.

Paul Hörtmann, Schriftführer.

Eingesandt.

In Nr. 29 des Tabak-Arbeiter, vom 20. Juli, erschien ein Beitrag des Kollegen Höltmann über die Lohnsituation in Bielefeld, in dem er seine Lage als Arbeitssucher schildert. Ich bin keine Lebensgenossin und will einmal meine Lage schreiben. Ich bin Witwe (keine Kinderzeit), habe drei Kinder im Alter von 10, 7 und 3 Jahren. Die Arbeitszeit ist gekürzt auf 24 Stunden in der Woche, so daß ich auf einen Wochenlohn von 18 M. kommt. Mit 18 M. kann ich nicht mehr leben. Ich bitte den Verstand, sowie die Gauleitung Nordhausen, um eine bessere Lage zu bringen.

Eine Zigarettenarbeiterin aus dem Gau Nordhausen.

Kleine Nachrichten.

Vor einigen Monaten bereits hat sich im betriebsnahen Gebiet ein Zweckverband Rheinischer Tabak- und Zigarettenfabrikanten mit dem Sitz in Bonn gegründet. —

Die Steckbücher Zeitung "République" meint: Sämtliche oberösterreichischen Tabakfabriken haben ihren Betrieb eingestellt. Etwa 1500 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden. Die Ursache liegt darin, daß Frankreich das Tabakmonopol auch auf Tabak-Sohringen aufgestellt hat, was das Ende der oberösterreichischen Tabakindustrie bedeutet. —

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft für die Tabak- und Gemütekittelfabrik ist nun vollzogen, ebenso auch eine für die 8. Gruppe, Tabak. Dem Vorstand der Gruppe 8 geben von unserem Verband an die Kollegen Krohn und Dulang in Bremen.

Berichtigung.

In dem Bericht über die Verhandlungen betr. Tabaksteuer, ausdrücklich in der 12. Kommission, Tabak-Arbeiter Nr. 82 vom 10. August 1919 ist bei der Umbrechnung des Tabaks infolge eines unangenehmen Fehler gemacht worden, als auf der amelten Seite des Blattes, erste Spalte, oben, hinter: Zu § 5 Abschnitt E (Rautabak) liegt folgender Antrag vor: „Abschnitt E wie folgt zu ändern: E. Für Rautabak in Rollen oder Stangen im Kleinverkaufspreise“ folgende eine Rahmeneinteilung eingefügt worden ist, die in die dritte Spalte derselben Seite gehört und zwar hinter: „Nach einem Antrag des Verfertigungsraates soll nachstehender Paragraph dem Gesetz als § 85 a eingefügt werden: (1) Für die Dauer der Geltung des Gesetzes über Rautabak der Rolle in Gold (R. G. S. Seite 1) erheben sich die Steuerfälle des § 5 Absatz 1 Abschnitt A, D, E und F wie folgt:“. Die in der dritten Spalte stehende Tabelle mit den vorstehenden Werten „bei einem Aufgelöse von mehr als“ gehört an die Stelle in der ersten Spalte, dort, wo die oben beschriftete Tabelle, also bei der Rautabakfrage, steht.

Verbandsteil.

Karl Delchmann, Vorsteher, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefonanamt Roland 6040. Bürozeiten von 9 bis 4 Uhr nachmittags.

Als verlorene wurde gemeldet:

Dresden. Die Mitgliedsliste, lautend auf Eva Röhl aus Dresden, geb. 16. 1. 1900, einget. am 14. 2. 19. (S. 1031/2 J. 19.) Gaben-Baden. Das Mitgliedsbuch S. II 104/634, lautend auf Johanna Ederle aus Baden-Baden, geb. 8. 5. 1904, einget. am 8. 10. 18. Kl. II. (S. 1037/2 J. 19.) Vorsteherin Bürer sind unbestimmt und im Vorsteuergesetz an den Vorstand einzutragen.

Außenholzort. Der Zigarettenarbeiter Karl Schampel wird erzählt, uns seinen Aufenthalt anzugeben. (S. 1038/3 J. 19.)

Die Bildermacherin Eva Silsheimer aus Mehlem, geb. am 2. 7. 76. Buch II 55 492, Kl. 3, eingetreten am 1. 6. 1912.

Den Außenholzort sollte man dem Vorstand mitteilen.

Folgende Gelber sind bei mir eingegangen:

11. Juli: Wiesloch 58,50, 12. Langenbrücken 153,33, 18. Langenfeld 90,—, 19. Frohsdorf 50,—, 20. Bamberg 842,26, Lörzach 250,—, 31. Rauer 100,—, Kitzel 66,15, Leheben 238,44, 1. August: Grud 150,—, Calm 150,—, Jahr 500,—, Marheim 1000,—, Berlin 3000,—, 2. Odenheim 60,—, Gera 100,—, Hodenheim 400,—, Hohen 100,—, 3. Heidelberg 1800,—, 4. Langenbielen 200,—, Heidelberg 1200,—, Überode 63,63, Unterleben 41,14, Schönberg 180,—, 5. Neuwalde 100,—, Dresden 600,—, Blaubeuren 5,72, Philippsburg 200,—, Haslach 39,—, Chemnitz 200,—, 6. Danzig 100,—, Goett 200,—, Kirchz 110,—, Ronnebeier 330,—, Diersburg 100,—, Kirzell 34,—, 8. Hamburg 350,—, Bremen, den 11. August 1919. W. Fischer, Bremen.

Adressen - Änderungen.

Belsenland (Post Enger i. Westf. 4): 1. Brem. Hermann Ebert, Belsenland. Überholz (Rheinland. 4): 1. Brem. Emil Hermanns, Friedrichstrasse 83, 2. Brem. Heinrich Schröder, Schulstrasse 131. Wülfel 1. Wülfel (6): 1. Brem. Edmund Döring, Beppeleinstrasse 16, 2. Brem. Gottlob Haller, Enzabergstrasse. Sparren (11): 2. Brem. Hermann Neumann, Seeburgstrasse 72, Part.

Mitglieder-Versammlungen.

Osnabrück: Mittwoch, den 20. August, abends 6 Uhr, bei Niederhaus, Kommendestrasse.

Gauleiter-Gesuch.

Zufolge der Wahl des Kollegen Hadelberg zum Bezirkssekretär suchen wir zum sofortigen Eintritt einen Gauleiter für den Gau Hamburg. Das Gehalt einschließlich Leistungszulage beträgt 5400 M. pro Jahr.

Werwerber, die organisiert sein und der Tabakbranche angehören müssen, sollen ihre Bewerbung, versehen mit einem Ausschluß über ihre bisherige Tätigkeit und die Aufgaben eines Gauleiters bis zum 30. August d. J. an Gerd. Herzog, Bremen, Faulenstraße 58/60, Zimmer 32, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einreichen.

Der Verbandsvorstand: J. A. Ferdinand Husung.

Gestorben:

Am 16. Juli starb zu Baden-Baden der Maschinenarbeiter Karl Mühl aus Wagenfachwurb, Amt Oberbach, 58 Jahre alt.

Am 28. Juli starb zu Baden-Baden die Bandwirkerin Maria Höf aus Baden-Baden, 89 Jahre alt.

Am 29. Juli starb zu Dresden die Zigarettenpäckchen Anna Seelig aus Bellle.

Am 31. Juli starb zu Spengen Frau Anna Ebke aus Spengen, 89 Jahre alt.

Am 2. August starb zu Altona der Zigarettenarbeiter M. Leberecht aus Coblenz, 58 Jahre alt.

Am 4. August starb zu Heidelberg Hans Mohr aus Rohrbach, 80 Jahre alt.

Am 4. August starb zu Rostock Frau Vulgam, 49 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!



Einrichtungsgegenstände für Zigarren-Geschäfte u. Fabriken

Moderne Musterräume in praktischster Ausführung
Verlangen Sie meine Preislisten

Heinrich Franck
Berlin N 54, Brunnenstrasse 22

Engros-Vers